






Wir haben nachgefragt – der DBfK Nordwest und der Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken (VPU) haben neun Fragen rund um die Pflege an die Abgeordneten und Parteien zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gestellt. Lesen Sie hier die Antworten, die bei uns eingegangen sind und die wir für Sie in einer Übersicht zusammengestellt haben.

<b>1. Wie steht Ihre Partei zu Mindestpersonalvorgaben und was planen Sie in Bezug auf die Entwicklung von Instrumenten zur Personalbemessung in der Pflege?</b>		
	Die NRWSPD setzt sich für gute Rahmenbedingungen in der Pflege ein, zu denen für uns auch die gute Ausstattung mit Pflegepersonal in den stationären Einrichtungen gehört. Gute Pflege entscheidet sich immer über die Zeit, die für Pflege und persönliche Zuwendung zur Verfügung steht. Deshalb setzen wir uns im Bund dafür ein, dass die stationäre Pflege mit einem belastbaren Personalschlüssel ausgestattet wird.	Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW
	Die NRWSPD setzt sich für gute Rahmenbedingungen in der Pflege ein, zu denen für uns auch die gute Ausstattung mit Pflegepersonal in den stationären Einrichtungen gehört. Gute Pflege entscheidet sich immer über die Zeit, die für Pflege und persönliche Zuwendung zur Verfügung steht. Deshalb setzen wir uns im Bund dafür ein, dass die stationäre Pflege mit einem belastbaren Personalschlüssel ausgestattet wird. Wir benötigen ein neues Konzept der Personalbemessung in der Pflege, so wie es bereits im Krankenhausstrukturgesetz vorgesehen ist. Die Personalausstattung wird so als Qualitätsindikator miteinbezogen und festgeschrieben.	Antwort der NRW SPD
	Gute Rahmenbedingungen in der Pflege zu schaffen, ist Ziel der NRWSPD. Das schließt eine gute Ausstattung mit Pflegepersonal in den stationären Einrichtungen ein. Da sich gute Pflege durch genügend Zeit und persönliche Zuwendung auszeichnet, setzen wir uns im Bund dafür ein, dass die stationäre Pflege mit einem belastbaren Personalschlüssel ausgestattet wird. Auch benötigen wir ein neues Konzept der Personalbemessung in der Pflege, so wie es bereits im Krankenhausstrukturgesetz vorgesehen ist. Die	Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW

	Personalausstattung wird so als Qualitätsindikator miteinbezogen und festgeschrieben.	
	Eine gute Pflege und Versorgung kann nur mit einer angemessenen Personalausstattung gelingen. Die entsprechende Personalbemessungsstudie in der Altenpflege hat der Bund auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse müssen jetzt abgewartet und dann ausgewertet und umgesetzt werden.	Antwort der CDU NRW
	<p>Gute Pflege ist ohne genügend und gut qualifiziertes Personal nicht leistbar. Wir GRÜNEN setzen uns bereits seit vielen Jahren für die Einführung von verbindlichen Personalbemessungsvorgaben in der Pflege ein. Mehr Personal in der Pflege ist gerade auch vor dem Hintergrund der Patientenstruktur in den Krankenhäusern, d.h. mehr ältere und auf Unterstützung angewiesene Patient*innen, wie auch in den Einrichtungen der Altenhilfe zwingend notwendig. Leider haben viele Krankenhäuser in der Vergangenheit Pflegestellen abgebaut, da der Ausbau von Stellen für Mediziner für die Krankenhäuser viel lukrativer für sie ist. Das Pflegestellenprogramm des Bundes hat hier nur punktuell ein wenig Abhilfe geschaffen, aber noch nicht das Problem grundsätzlich gelöst.</p> <p>Richtig ist, wer mehr Pflege will, muss dem auch mehr Geld folgen lassen, denn aus den jetzigen DRG-Erlösen (also den derzeitigen Finanzierungssystem für Krankenhausleistungen) wird nicht mehr Pflege bezahlbar sein. Notwendig sind Personalbemessungsvorgaben, die mit einer zweckgebundenen Finanzierung gekoppelt sind. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, eine entsprechende Finanzierung Regelung zur Personalbemessung auf der hierfür zuständigen Bundesebene hinzubekommen. Gerade im Intensivpflegebereich wäre ein Personalschlüssel wie in Skandinavien anzustreben.</p> <p>Auch für die Pflege in den stationären Einrichtungen Altenpflege fordern wir schon lange verbindliche Personalbemessungsvorgaben, die eine gute Pflege sichern. Hierzu haben wir auch schon politische Initiativen unternommen, das werden wir auch in Zukunft tun. Allerdings sind die rechtlichen Möglichkeiten der Politik in den Ländern hierzu begrenzt, da nach § 9 SGB XI die Sicherstellung der unmittelbaren pflegerischen Versorgung ausschließlich der Pflegeselbstverwaltung zukommt. Die</p>	Antwort der Grünen NRW



Verhandlungen hierfür finden zwischen den Verbänden der Pflegekassen unter Beteiligung der Kommunen (vertreten durch die Landschaftsverbände) und den Verbänden der Einrichtungsträger statt. Das Land ist am Verhandlungsgeschehen nicht beteiligt und verfügt leider über keine Möglichkeiten, inhaltliche Vorgaben zu machen, da weder im Vertrags- noch im Vergütungsrecht des SGB XI eine Ermächtigung der Länder im Sinne einer Ersatzvornahme oder einer sonstigen zwingenden Konfliktlösung verankert ist. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen dies zu ändern.




Das im letzten Jahr verabschiedete Pflegestärkungsgesetz II sieht unterdessen vor, dass die Vertragsparteien bis zum 30.06.2020 die Möglichkeit erhalten, ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren einer einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen zu entwickeln. Bis zur Umsetzung dieses Verfahrens sollen die Selbstverwaltungsgremien in den verschiedenen Bundesländern die Verantwortung für eine auskömmliche Pflegestellenbemessung in den Einrichtungen übernehmen. Wir GRÜNEN werden uns gegenüber der Selbstverwaltung dafür einsetzen, dass dieses auch zügig zustande kommt.

Schließlich bedarf es aber auch weiterer Verbesserungen bei der Refinanzierung der Altenpflege. Denn ohne eine verbesserte Refinanzierung der Personalausstattung durch das SGB XI müssen sämtliche Verbesserungen im Personalbereich alleine von den Pflegebedürftigen bzw. subsidiär den Kommunen als Sozialhilfeträgern übernommen werden. Hier wurden daher gerade im Hinblick auf die Teilhabeunterstützung große Erwartungen in die Pflegereform der Bundesregierung gesetzt, diese wurden aber bislang enttäuscht.

Für uns bleibt klar, dass über das SGB XI mehr Geld für die Pflege bereitgestellt werden muss. Zur nachhaltigen Finanzierung wollen wir perspektivisch auch eine Pflege-Bürgerversicherung um mehr finanzielle Mittel zur Finanzierung der Pflege bereitzustellen.

<p>Freie Demokraten FDP</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für eine qualitativ hochwertige Pflege ein, um bei Krankheit, bei Behinderung und im Alter ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu fordern wir mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung der Pflegeleistungen und der in der Pflege beschäftigten Menschen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und die Qualität der Versorgung durch akzeptable Personalschlüssel verbessern. Die Personalschlüssel insbesondere in der stationären Pflege müssen an die fachlichen Notwendigkeiten angepasst und entsprechend refinanziert werden. Hier sind die Vertragspartner in der pflegerischen Versorgung gefordert, die Grundsätze der Personalausstattung und auch die Pflegesätze entsprechend weiterzuentwickeln.</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>
<p>PIRATENPARTEI Nordrhein-Westfalen</p>	<p>Die Piraten sind der Meinung, dass ein wissenschaftlich fundierter Personalschlüssel eingeführt und eingehalten werden muss. Dieser gesetzlich verbindliche Personalschlüssel in der Alten- und Krankenpflege soll eine menschenwürdige Pflege in vollstationären Einrichtungen und Krankenhäusern gewährleisten. Der jeweils aktuelle Krankenstand muss bei der Berechnung des Personalschlüssels unbedingt Berücksichtigung finden. Dabei werden wir Sanktionen für Geschäftsleitungen im Falle von Verletzungen der gesetzlich verbindlichen, maximalen Wochenarbeitszeiten und der Ruhezeiten einführen.</p> <p>Die Piraten setzen sich darüber hinaus dafür ein, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern. So soll grundsätzlich der Verwaltungsaufwand und die Bürokratie im Rahmen der Pflegedokumentation reduziert werden, damit mehr Zeit für die Pflege am Bett bleibt.</p> <p>Gleichzeitig unterstützen wir eine Neuorganisation der Pflegeleistungen, die zu einer Reduzierung einzelner Leistungen führen soll - verbunden mit der Erhöhung von Pflegepauschalen.</p> <p>Auch eine Erleichterung der Antragstellung und Antragsbearbeitung durch Vereinfachung und Vereinheitlichung des Formularwesens bei den Pflegekassen stellt für die Piraten ein Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen dar.</p>	<p>Antwort der Piraten NRW Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1, 3 und 4</p>

<b>2. Wie stehen Sie zur Einrichtung einer Landespflegekammer NRW? Wie wollen Sie die Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten der Pflege verbessern?</b>		
	<p>Um die Pflegenden in ihren Anliegen zu stärken, sind geeignete Formen der Interessenvertretung der Pflege zu prüfen und einzuführen. Die Errichtung einer Pflegekammer kann ein sinnvoller Schritt zur Stärkung der Interessenvertretung der beruflich Pflegenden sowie zur zukunftsorientierten Qualitätssicherung in Aus- und Weiterbildung der Pflege sein. An der Entscheidung für die Errichtung einer Pflegekammer sind aus Sicht der NRWSPD in jedem Fall alle in der Pflege Tätigen durch eine Befragung zu beteiligen. Die Einführung einer Interessenvertretung der Pflegenden kann aus unserer Sicht nur unter Einbeziehung der Pflegenden selbst erfolgen.</p> <p>Die Einbeziehung der Pflege in alle relevanten gesundheitspolitischen Entscheidungsprozesse des Landes NRW, wie auch bereits praktiziert, halten wir darüber hinaus für selbstverständlich.</p>	<p>Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW</p>
	<p>Eine Aufwertung des Pflegeberufes ist längst überfällig. Für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Pflege ist es unter anderem wichtig, dass sie eigenständig neben ärztlicher und anderer therapeutischer Versorgung betrachtet wird.. Dies ist eine Voraussetzung für eine Modernisierung und Aufwertung der Pflege und mithin auch für die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe.</p> <p>Um die Pflegenden in ihren Anliegen zu stärken, sind geeignete Formen der Interessenvertretung der Pflege, die vor allem auch für die Pflegenden selbst in Betracht kommen, zu prüfen und einzuführen. Die Errichtung einer Pflegeberufekammer kann ein sinnvoller Schritt zur Stärkung der Interessenvertretung der beruflich Pflegenden sowie zur zukunftsorientierten Qualitätssicherung in Aus- und Weiterbildung der Pflege sein. An der Entscheidung für die Errichtung einer Pflegeberufekammer sind aus Sicht der NRWSPD in jedem Fall alle in der Pflege Tätigen durch eine Befragung zu beteiligen. Die Einführung einer Interessenvertretung der Pflegenden kann aus unserer Sicht nur unter Einbeziehung der Pflegenden selbst erfolgen.</p> <p>Die Einbeziehung der Pflege in alle relevanten gesundheitspolitischen Entscheidungsprozesse des Landes</p>	<p>Antwort der NRW SPD</p>

	NRW, wie auch bereits praktiziert, halten wir darüber hinaus für selbstverständlich.	
	<p>Die Pflegeberufe müssen ohne Zweifel aufgewertet werden. Für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Pflege ist es unter anderem wichtig, dass sie eigenständig neben ärztlicher und anderer therapeutischer Versorgung betrachtet wird. Das ist notwendig, um für eine Modernisierung und Aufwertung der Pflege und mithin auch für die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe zu sorgen.</p> <p>Um die Pflegenden in ihren Anliegen zu stärken, sind geeignete Formen der Interessenvertretung der Pflege, die vor allem auch für die Pflegenden selbst in Betracht kommen, zu prüfen und einzuführen. Die Errichtung einer Pflegeberufekammer kann ein sinnvoller Schritt zur Stärkung der Interessenvertretung der beruflich Pflegenden sowie zur zukunftsorientierten Qualitätssicherung in Aus- und Weiterbildung der Pflege sein. An der Entscheidung für die Errichtung einer Pflegeberufekammer sind aus Sicht der NRWSPD in jedem Fall alle in der Pflege Tätigen durch eine Befragung zu beteiligen. Die Einführung einer Interessenvertretung der Pflegenden kann aus unserer Sicht nur unter Einbeziehung der Pflegenden selbst erfolgen.</p> <p>Die Einbeziehung der Pflege in alle relevanten gesundheitspolitischen Entscheidungsprozesse des Landes NRW, wie auch bereits praktiziert, halten wir darüber hinaus für selbstverständlich.</p>	Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW
	Die CDU will die Pflegekammer für Nordrhein-Westfalen und hat daher im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht. Die Pflegekammer ist wichtig für eine zukunftsorientierte und sichere Pflege, für die Aufwertung der Pflegeberufe mit mehr Selbstverwaltung, eine faire Bezahlung und für einheitliche Qualitätsstandards. Das kommt im Ergebnis auch allen Pflegebedürftigen zugute.	Antwort der CDU NRW
	Die Verbesserung der Situation der Pflegekräfte in NRW ist den GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Denn der Beruf stellt hohe persönliche Anforderungen und die Rahmenbedingungen werden oft als unzureichend empfunden. Da ist es verständlich, dass viele den Wunsch nach einer lauten Pflegekammer haben, die mit anderen Akteuren in Gesundheit und Pflege auf Augenhöhe agiert und auch so wahrgenommen wird. Allerdings haben Zuschriften von Pflegekräften, die eine Pflegekammer fordern, in vielen Fällen eine	Antwort der Grünen NRW




bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen zum Ziel. Das ist aber nicht Aufgabe einer Kammer, sondern hier braucht es starke Gewerkschaften! Deswegen darf nicht der Eindruck entstehen, eine Kammer könne alle Probleme lösen, sonst ist der Frust hinterher massiv. Deshalb sollte es, ob mit oder ohne Kammer, im Interesse der Pflegekräfte liegen, die gewerkschaftliche Vertretung zu stärken.

Die Errichtung einer Pflegekammer kann allerdings ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Interessenvertretung der Pflegenden und nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung sein. Hierfür bedarf es aber auch einer breiten Akzeptanz bei den Pflegefachkräften selbst. Die Pflegekräfte müssen deshalb an der Entscheidung für die Errichtung einer Pflegekammer beteiligt werden. Da eine Pflegekammer eine Pflichtkammer wäre, sollten die Pflegekräfte selber über die Errichtung einer Pflegekammer entscheiden können. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns in dieser Frage für eine Befragung aller Pflegekräfte ein und dafür, dass hierbei auch umfassend über Zuständigkeit und Bedingungen einer Kammer zu informiert wird. Entscheidend ist, dass wir uns am Ende sicher sein können, dass eine Pflegekammer von den Pflegenden selbst gewollt, eine Pflichtmitgliedschaft samt Kammerbeitrag akzeptiert und die Errichtung verfassungskonform ist.






Unserer Auffassung nach sollten in einer dann zu errichtenden Pflegekammer die unterschiedlichen Aufgabenfelder der Pflege mit ihren spezifischen Anforderungen und Profilen, gleichermaßen vertreten sein. Gerade sozialpflegerische Aspekte und die Interessen und Selbstbestimmung der Patient\*innen und Kund\*innen müssen bei der Formulierung der Qualitätssicherung und -erweiterung eine wesentliche Rolle spielen.




Siehe hierzu auch <https://gruene-nrw.de/beschluesse/pflege-staerken-arbeitssituation-verbessern-attractivitaet-steigern-pflegevertretung-verbessern/>


In jedem Fall werden wir GRÜNE uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Interessenvertretung der beruflich Pflegenden gestärkt, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die



	Pflegeberufe verbessert und eine zukunftsorientierte Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung erzielt wird.	
	Wir treten für eine starke berufliche Interessenvertretung der Pflegenden ein. Dabei bevorzugen wir eine Vertretung auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft (Bayern-Modell) anstatt einer Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen. Auf alle Fälle benötigt die Einführung einer Pflegekammer aus unserer Sicht eine ausreichende Legitimation. Der Weg zu einer Kammer kann deshalb nur eine Urabstimmung mit einem angemessenen Quorum sein, der eine neutrale und umfassende Information über die Aufgaben, begrenzten Kompetenzen und Möglichkeiten einer Kammer sowie die voraussichtliche Höhe von Kammerbeiträgen vorausgehen muss. Dabei soll das bayrische Modell als gleichwertige Alternative ebenfalls zur Abstimmung gestellt werden.	Antwort der FDP NRW
	Wir setzen uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege ein. Ein sinnvoller Baustein, um die Rahmenbedingungen zu verbessern, ist die Einführung einer Pflegekammer auch in Nordrhein-Westfalen. Eine Urabstimmung mit positivem Votum unter den späteren Pflichtmitgliedern der Pflegekammer ist unseres Erachtens Voraussetzung für die Einrichtung einer Kammer.	Antwort der Piraten NRW
<b>3. Wie stellen Sie sicher, dass der Pflegeberuf in allen Pflegebereichen (Krankenhaus, ambulante und stationäre Altenpflege) eine angemessene Vergütung erfährt?</b>		
	Wir setzen uns für Gute Arbeit zu fairen Löhnen auch in der Pflege ein. Dazu muss der Pflegeberuf gerechter bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen werden. Dies ist zwar Sache der Tarifparteien, jedoch werden die guten Tarife in vielen öffentlichen und kirchlichen Häusern durch nicht-tarifgebundene Anbieter regelmäßig unterboten. Die NRWSPD wird sich daher für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag für die ‚Soziale Arbeit‘ stark machen.	Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW







	<p>Wir setzen uns für Gute Arbeit zu fairen Löhnen auch in der Pflege ein. Dazu muss der Pflegeberuf gerechter bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen werden. Dies ist im Grunde Sache der Tarifparteien, jedoch werden die guten Tarife in vielen öffentlichen und kirchlichen Häusern durch nicht tarifgebundene Anbieter regelmäßig unterboten. Die NRWSPD wird sich daher für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag für die ‚Soziale Arbeit‘ stark machen.</p>	<p>Antwort der NRW SPD</p>
	<p>Unser Ziel, gute Arbeit zu fairen Löhnen zu ermöglichen, gilt auch in der Pflege. Dazu muss der Pflegeberuf gerechter bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen werden. Dies ist zwar Sache der Tarifparteien, jedoch werden die guten Tarife in vielen öffentlichen und kirchlichen Häusern durch nicht tarifgebundene Anbieter regelmäßig unterboten. Die NRWSPD wird sich daher für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag für die ‚Soziale Arbeit‘ stark machen.</p>	<p>Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW</p>
	<p>Mit einer Pflegekammer für Nordrhein-Westfalen können die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die beruflich Pflegenden gestärkt und eine Aufwertung des Berufsbildes sichergestellt werden. Die durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachte Reform der Pflegeausbildung wird zu einer Aufwertung der Pflegeberufe mit einer angemessenen Vergütung führen.</p>	<p>Antwort der CDU NRW</p>
	<p>Wir GRÜNEN setzen uns seit eh und je für eine bessere und angemessene Bezahlung in der Pflege ein. Primär obliegt dies allerdings den Tarifpartnern und seitens der Beschäftigten den Gewerkschaften. Auf politische Ebene setzen wir uns für bessere politische Rahmenbedingungen für eine bessere Finanzierung ein. Hier haben das PSG II und PSG III zwar einige Verbesserungen gebracht aber noch nicht mehr Geld für die Leistungen hinterlegt.</p>	<p>Antwort der Grünen NRW , siehe hierzu auch Antwort zu Frage 1</p>
	<p>Die Beschäftigten in der Pflege haben Anspruch auf leistungsgerechte und attraktive Vergütungen, die die fachliche Qualifikation widerspiegeln. Für die FDP liegt die Verantwortung für die Höhe von Arbeitsvergütungen vorrangig in der Autonomie der Tarifpartner. Allerdings müssen Steigerungen von Arbeitsentgelten auch durch entsprechende Anpassungen der Vergütungen von Leistungen refinanziert</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>




	werden können. Dies gilt für die Pflegesätze in der ambulanten und stationären Altenpflege ebenso wie für die Vergütungen von Krankenhausleistungen, bei denen z. B. Tarifierhöhungen auch bei Anhebungen der Basisfallwerte berücksichtigt werden müssen. Die Kostenträger müssen sich ihrer Verantwortung zur Sicherung der pflegerischen Versorgung stellen und bereit sein, leistungsgerechte Vergütungen zu zahlen.	
	Siehe Antwort auf Frage 1.	Antwort der Piraten NRW
<b>4. Welche Maßnahmen werden Sie für die Pflegenden in NRW ergreifen um die Voraussetzungen für gesunde Arbeitsbedingungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen?</b>		
	<p>Es ist unser Ziel, insgesamt bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten, flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten, aber auch eine bessere Bezahlung der Beschäftigten zu erreichen. Die hierzu zu ergreifenden Maßnahmen erfassen verschiedene Handlungsebenen, die auch schon in den vorherigen Antworten benannt wurden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gute Arbeit zu fairen Löhnen in der Pflege</li> <li>- allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag stark machen</li> <li>- Ermittlung von alltagstauglichen Personalbemessungsinstrumente in der Pflege (Bundesaufgabe)</li> <li>- Stärkung der Interessen der Pflegeberufe und ihrer Vertretung</li> </ul> <p>Mit einem Runden Tisch für Gute Arbeit in der Pflege werden wir darüber hinaus die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und -fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten.</p>	Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW
	Für die NRWSPD ist klar: Es muss Ziel sein, insgesamt bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten, flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten, aber auch eine bessere Bezahlung der Beschäftigten zu erzielen. Die hierzu zu ergreifenden Maßnahmen erfassen verschiedene Handlungsebenen, die auch schon in den vorherigen Antworten benannt wurden.	Antwort der NRW SPD


	<p>Wir setzen uns für Gute Arbeit zu fairen Löhnen in der Pflege ein. Die NRWSPD wird sich daher für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag stark machen. Wir werden des Weiteren im Bund darauf hinwirken, dass endlich alltagstaugliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege ermittelt und eingeführt werden. Die Interessen der Pflegeberufe und ihre Vertretung sind zu stärken.</p> <p>Mit einem Runden Tisch für Gute Arbeit in der Pflege werden wir darüber hinaus die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und -fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten.</p>	
	<p>Zweifelsohne müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege insgesamt verbessert werden. Es braucht mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten, flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten, aber auch eine bessere Bezahlung der Beschäftigten. Die dafür zu ergreifenden Maßnahmen erfassen verschiedene Handlungsebenen, die auch schon in den vorherigen Antworten benannt wurden.</p> <p>Die NRWSPD wird sich für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag stark machen. Wir werden des Weiteren im Bund darauf hinwirken, dass endlich alltagstaugliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege ermittelt und eingeführt werden. Die Interessen der Pflegeberufe und ihre Vertretung sind zu stärken.</p> <p>Mit einem Runden Tisch für Gute Arbeit in der Pflege werden wir darüber hinaus die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und -fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten. Zweifelsohne müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege insgesamt verbessert werden. Es braucht mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten, flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten, aber auch eine bessere Bezahlung der Beschäftigten. Die dafür zu ergreifenden Maßnahmen erfassen verschiedene Handlungsebenen, die auch schon in den vorherigen Antworten benannt wurden.</p> <p>Die NRWSPD wird sich für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag stark machen. Wir werden des Weiteren im Bund darauf hinwirken, dass endlich alltagstaugliche</p>	<p>Geantwortet hat          Ibrahim Yetim,          Abgeordneter des          Landtages NRW</p>

	<p>Personalbemessungsinstrumente in der Pflege ermittelt und eingeführt werden. Die Interessen der Pflegeberufe und ihre Vertretung sind zu stärken.</p> <p>Mit einem Runden Tisch für Gute Arbeit in der Pflege werden wir darüber hinaus die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und -fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten.</p>	
	<p>Wir werden prüfen, ob die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf gesunde und flexible Arbeitsgestaltung verbessert werden können. Darüber hinaus werden wir eine zunehmende Anzahl an Pflegepersonal benötigen, um die hohe Arbeitsbelastung der einzelnen Pflegepersonen besser begrenzen zu können und damit nicht nur einen Qualitätsgewinn für die Pflegenden, sondern auch der pflegebedürftigen Menschen zu erreichen.</p>	<p>Antwort der CDU NRW</p>
	<p>Gute Pflege verdient Wertschätzung. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen so gestaltet werden, dass die Arbeitsbelastung reduziert und die anspruchsvolle Arbeit der Pflegekräfte angemessen honoriert wird. Deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein. Hierzu gehört</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Leben und Pflegeberuf;</li> <li>- die Entwicklung auf die individuellen Bedürfnisse der Beschäftigten abgestimmter Arbeitszeitmodelle;</li> <li>- Ausbau der Gesundheitsförderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;</li> <li>- eine leistungsgerechte Bezahlung.</li> </ul> <p>Um eine zukunftsfähige Versorgungsstruktur und eine menschliche und gute Pflege im Alter zu sichern und die professionelle Pflege auch angemessen finanzieren zu können, werden wir GRÜNEN uns im Bund für weitere Reformen im Sozialbuches XI einsetzen. Die bislang im PSG II und PSG III beschlossenen</p>	<p>Antwort der Grünen NRW</p>




	<p>Änderungen insbesondere zum Leistungsbegriff reichen u.E. noch nicht aus, um personelle Verbesserungen in den Einrichtungen zu bewirken, da damit noch keine finanzielle Verbesserungen einhergehen. (Siehe hierzu auch Antworten zu Frage 1 und 3)</p> <p>Wir werden uns weiterhin auf Landesebene für die Entwicklung und Umsetzung von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen einsetzen. Hier gibt es bereits gute Ansätze und Praxisbeispiele.</p> <p>Uns GRÜNEN geht es und darüber hinaus auch um die Verbesserung der Unterstützung von Beschäftigten, die sich familiär in einer Pflegesituation befinden. Hierbei geht es u.a. um Aufbau von Netzwerken insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen zur Beratung, Begleitung und Unterstützung von pflegenden Beschäftigten (u.a. durch passgenaue Informations- und Beratungsangebote, leichter Zugang zu haushaltsnahe und pflegerische Dienstleistungen, Unterstützung bei der Bewältigung Übergängen von Krankenhaus, ärztlicher Versorgung und umfassender Pflege durch geeignete Pflegeangebote).</p>	
	<p>Die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften sind durch hohe psychische und physische Belastungen sowie Zeitdruck gekennzeichnet und eine Ursache für einen hohen Krankenstand in den Pflegeberufen und häufige Berufswechsel bzw. Berufsausstiege. Neben angemessenen Personalschlüsseln brauchen wir für bessere Arbeitsbedingungen auch verlässliche Dienstpläne, eine gezielte betriebliche Gesundheitsförderung zum Abbau von physischen und psychischen Belastungen sowie eine Reduzierung von Bürokratie. Pflegedokumentation darf nicht zum Selbstzweck zur Beschäftigung von Heimaufsicht und MDK werden, sondern muss sich auf die Ereignisse und Leistungen konzentrieren, die von Pflegeplanung und Routinetätigkeiten abweichen. Durch die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen können wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern und so mehr Zeit für Zuwendung zu den pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung stellen. Dazu müssen die nötigen Investitionen in IT und die technische Ausstattung aber auch finanziert werden können. So fehlt den Krankenhäusern eine angemessene Finanzierung ihrer Investitionskosten. NRW liegt bei den Investitionsfördermitteln je Krankenhausbett hinter allen anderen westdeutschen Bundesländern. Deshalb wollen wir die</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>




	Haushaltsmittel des Landes sukzessive erhöhen. Bei den stationären Pflegeeinrichtungen hat die Neuregelung der Investitionskostenförderung durch das Alten- und Pflegegesetz NRW zu erheblichen Verunsicherungen geführt. Die konkrete Umsetzung der neuen Förderung ist bisher gekennzeichnet von massiven Problemen bei Antragstellung und Bearbeitung und aufgrund der verzögerten Einführung des neuen IT-Systems PfAD.invest. Hier setzen wir uns für praxisgerechte Regelungen ein. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir zudem mehr Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeiten sowie Angebote zur Kinderbetreuung, die Arbeitszeiten und Schichtdiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gerecht werden.	
	Siehe Antwort auf Frage 1.	Antwort der Piraten NRW
<b>5. Wie stehen Sie zu Reform der Pflegeausbildung und was tun Sie um diese schnellstmöglich umzusetzen?</b>		
	Die NRWSPD befürwortet die Reform der Pflegeausbildung auf Bundesebene. Nicht nur die Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst, auch der Aufgabenbereich der Pflegerinnen und Pfleger wird zunehmend komplexer. Die Verabschiedung und Umsetzung des Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG) noch in dieser Wahlperiode bedeutet nicht nur eine große Chance für die Auszubildenden, sondern auch für die Pflegebedürftigen, weil damit der Pflegeberuf sowie auch die Qualität der Pflege gestärkt werden.	Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW
	Die NRWSPD befürwortet die Reform der Pflegeausbildung auf Bundesebene. Dass die Bundestagsfraktion der CDU/CSU nach mehr als einjähriger, inhaltender Blockade endlich auch der in der Bundesregierung gemeinsam mit der SPD vereinbarten Reform der Pflegeausbildung zugestimmt hat, begrüßen wir. Denn: Nicht nur die Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst, auch der Aufgabenbereich der Pflegerinnen und Pfleger wird zunehmend komplexer. Die Reform der Pflegeausbildung ist daher eine notwendige Antwort auf diese Entwicklungen. Die Verabschiedung und Umsetzung des Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG) noch in dieser Wahlperiode bedeutet nicht nur eine große Chance für die Auszubildenden, sondern auch für die Pflegebedürftigen, weil damit der Pflegeberuf sowie auch die Qualität der Pflege gestärkt werden.	Antwort der NRW SPD



	Wir werden die Reform der Pflegeberufe auf Bundesebene und deren Umsetzung intensiv und mit dem Ziel der Stärkung der Pflege begleiten.	
	<p>Die NRWSPD befürwortet die Reform der Pflegeausbildung auf Bundesebene. Nach mehr als einjähriger Blockade hat endlich auch die Bundestagsfraktion der CDU/CSU der Reform der Pflegeausbildung zugestimmt, die die SPD mit der Bundesregierung gemeinsam vereinbart hat. Das begrüßen wir sehr, denn:</p> <p>Nicht nur die Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst, auch der Aufgabenbereich der Pflegerinnen und Pfleger wird zunehmend komplexer. Die Reform der Pflegeausbildung ist daher eine notwendige Antwort auf diese Entwicklungen. Die Verabschiedung und Umsetzung des Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG) noch in dieser Wahlperiode bedeutet nicht nur eine große Chance für die Auszubildenden, sondern auch für die Pflegebedürftigen, weil damit der Pflegeberuf sowie auch die Qualität der Pflege gestärkt werden. Wir werden die Reform der Pflegeberufe auf Bundesebene und deren Umsetzung intensiv und mit dem Ziel der Stärkung der Pflege begleiten.</p>	Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW
	Anfang April hat sich die Koalition in Berlin auf eine Reform der Pflegeausbildung geeinigt. Für die Ausbildung soll es zwei Jahre einen gemeinsamen Lehrplan geben, bevor sich die Auszubildenden spezialisieren können. Wir begrüßen die neue Regelung ausdrücklich, weil sie zu einer Aufwertung der Pflegeberufe führen wird, was nicht nur für die Pflegekräfte, sondern auch für alle pflegebedürftigen Menschen ein Vorteil ist. Die Neuregelung, die ab 2019 gelten soll, zielt auf eine moderne und durchlässige Pflegeausbildung mit einem einheitlichen Berufsabschluss.	Antwort der CDU NRW
	Wenn nun eine Pflegeberufe-Reform kommt, die die gemeinsamen Kompetenzen der drei Pflegeausbildungen stärkt, aber die Kinderkrankenpflege und die Altenpflege als eigenständige Berufsabschlüsse erhält, ist das eine gute Entscheidung die wir unterstützen würden. Damit würde unser 2-plus-1-Vorschlag umgesetzt. Dadurch könnten wesentliche Risiken der bisherigen Reformvorschläge vermieden werden. Alles, was die Qualität der Ausbildung und die Quantität der Auszubildenden steigert, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die bisher geplante Reform zur Abschaffung aller drei bisher	Antwort der Grünen NRW

	<p>eigeständigen Pflegeausbildungen hin zu nur einem einheitlichen Beruf hätte in NRW massiv Ausbildungsplätze gefährdet und damit den Fachkräftemangel vergrößert. Das Ergebnis zeigt: Der konsequente Einsatz aller Kräfte für eine sinnvolle Reform durch Veränderungen hat sich gelohnt.</p> <p>Wichtig bleibt aber, dass das Gesetzgebungsverfahren neben der Grundsatzentscheidung genutzt wird, weitere handwerkliche Fehler der bisherigen Gesetzentwürfe zu beseitigen. Hierzu zählt vor allem, dass die Auszubildenden länger in den jeweiligen Betrieben eingesetzt werden müssen und die Betriebe sich auf eine volle Kostenerstattung der Ausbildungskosten verlassen können. Genau diese Finanzierungssicherheit ist bisher in NRW Garant für den riesigen Erfolg der Ausbildungsumlage, die die Zahl der Altenpflegeausbildungen innerhalb der letzten Wahlperiode auf 18.500 gesteigert und damit fast verdoppelt hat. Ebenso hat die volle Kostenerstattung bisher dazu geführt, dass in NRW mit die höchsten Ausbildungsvergütungen für die Schüler*innen gezahlt werden.</p> <p>Die Einschränkung dieser vollen Kostenerstattung, wie der Bund sie bisher geplant hat, würde diesen Ausbildungserfolg in NRW nach allen uns vorliegenden Erkenntnissen massiv gefährden und wieder zu einem massiven Ausbildungsplatzverlust führen. Denn gerade nach den Erfahrung aus der Zeit vor 2010 muss davon ausgegangen werden, dass sich viele bisherige Ausbildungsbetriebe wieder der Ausbildung zurückziehen werden wenn der ursprüngliche Gesetzentwurf der Bundesregierung so bleiben würde, da die Ausbildung hierrüber nicht vollständig zu refinanzieren ist.</p>	
	<p>Bei der Ausbildung in den Pflegeberufen treten wir für eine Reform ein, die nicht zu Lasten von Ausbildungsqualität und Ausbildungskapazitäten erfolgt und spezifische Kompetenzen in der Altenpflege erhält. Deshalb bevorzugen wir eine „integrative Pflegeausbildung“ mit gemeinsamer Grundausbildung und Spezialisierung in den unterschiedlichen Abschlüssen im Gegensatz zu einer generalistischen Einheitsausbildung. Insofern kann der aktuelle Kompromiss der Großen Koalition ein gangbarer Weg sein. Es bleibt aber offen, ob die Finanzierung tragfähig ist, um ein ausreichendes Ausbildungsangebot zu erhalten. Bei der Umsetzung der Reform der Pflegeberufe muss die bisherige Finanzierung mit der</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>









	landesspezifischen Umlage zur Ausbildung in der Altenpflege so in eine neue Systematik übergeführt werden, dass einseitige Belastungen vermieden werden. Kritisch zu sehen ist insbesondere der Abzug eines Wertschöpfungsanteils, der im ambulanten Sektor in der Praxis nicht zu erwirtschaften ist und so zum Verlust von Ausbildungsplätzen führen wird.	
	<p>Die Piraten sind der Meinung, dass die Altenpflege- und Krankenpflegeausbildungen deutlich besser gefördert werden müssen.</p> <p>Darüber hinaus müssen examinierten Pflegekräfte bei der Wahrnehmung von Weiterbildungsmaßnahmen finanziell und arbeitsrechtlich unterstützt werden.</p> <p>Die Piraten sind der Meinung, dass die Bezahlung von Pflegehilfskräften deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen muss.</p>	<p>Antwort der Piraten NRW</p> <p>Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 5, 6, 8 und 9</p>
<b>6. Was tun Sie um den Aufbau primär qualifizierender Bachelorstudiengänge und spezialisierter Masterstudiengänge in NRW voranzutreiben?</b>		
	NRW gehört bei der Akademisierung der Gesundheitsberufe und dabei auch bei der Bereitstellung entsprechender Studienangebote bundesweit schon jetzt zu den Vorreitern. Dokumentiert wird dies vor allem im Rahmen der Modellstudiengänge, aber auch mittels des Engagements bei der Gründung der Hochschule für Gesundheit in Bochum. Dieses Engagement werden wir fortführen. Dazu gehört auch, sich für die dauerhafte Fortführung und Umwandlung der Modellstudiengänge einzusetzen und den einmal eingeleiteten Prozess unterstützend zu begleiten.	Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW
	NRW gehört bei der Akademisierung der Gesundheitsberufe und dabei auch bei der Bereitstellung entsprechender Studienangebote bundesweit schon jetzt zu den Vorreitern. Dokumentiert wird dies vor allem im Rahmen der Modellstudiengänge, aber auch mittels des Engagements bei der Gründung der Hochschule für Gesundheit in Bochum. Dieses Engagement wollen und werden wir fortführen. Dazu gehört	Antwort der NRW SPD





	für uns beispielsweise auch, sich für die dauerhafte Fortführung und Umwandlung der Modellstudiengänge einzusetzen und den einmal eingeleiteten Prozess unterstützend zu begleiten, zumal erstmals auch staatliche Hochschulen zu Anbietern in diesem Feld werden.	
	In NRW gehören wir bei der Akademisierung der Gesundheitsberufe und der Bereitstellung entsprechender Studienangebote bundesweit zu den Vorreitern. Dokumentiert wird dies vor allem im Rahmen der Modellstudiengänge, aber auch mittels des Engagements bei der Gründung der Hochschule für Gesundheit in Bochum. Dieses Engagement wollen und werden wir fortführen. Dazu gehört für uns beispielsweise auch, sich für die dauerhafte Fortführung und Umwandlung der Modellstudiengänge einzusetzen und den einmal eingeleiteten Prozess unterstützend zu begleiten, zumal erstmals auch staatliche Hochschulen zu Anbietern in diesem Feld werden.	Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW
	Bezogen auf den Pflegeberuf wollen wir zunächst die Umsetzung der einheitlichen Pflegeausbildung abwarten, bevor weitere Initiativen zur Akademisierung des Pflegeberufes gestartet werden.	Antwort der CDU NRW
	Bei der Erprobung der Akademisierung von Pflege- und Gesundheitsberufen ist Nordrhein-Westfalen mit elf Modellstudiengängen an sieben Hochschulstandorten bundesweit führend. Studienangebote in Berufen der Alten- und Krankenpflege, der Hebammenkunde, der Logopädie, der Ergotherapie und der Physiotherapie steigern die Attraktivität dieser Berufe und sorgen zusätzlich für Fachkräftenachwuchs mit neuen Kompetenzen, die angesichts der immer komplexer werdenden Aufgabenfelder in der Versorgung erforderlich sind. Leider haben auch die positiven Ergebnisse der Begleitforschung trotz breiter fachlicher Unterstützung nicht dazu geführt, dass der Bund die akademischen Ausbildungsgänge in einen Regelbetrieb überführt hat. Stattdessen wurden die Modellklauseln in den Berufsgesetzen des Bundes um vier Jahre verlängert und die Einführung eines Regelstudiums um mindestens vier Jahre hinausgezögert. Damit vergrößert der Bund den seit Jahren bestehenden fachlichen und rechtlichen Reformstau bei den Pflege- und Gesundheitsfachberufen. Neben der akademischen Ausbildung muss es aber auch weiterhin nicht-akademische Zugänge geben. Ein zukünftiges System zur Ausbildung sollte die Durchlässigkeit zur	Antwort der Grünen NRW



	<p>hochschulischen Ausbildung für Bewerber*innen ohne Hochschulzugang berücksichtigen.</p> <p>Langfristig wollen wir, dass alle Bachelor-Absolvent*innen ihr Studium mit einem Master fortsetzen können. Daher streben wir die Einführung eines rechtsverbindlichen Anspruches auf einen Masterplatz an. Insbesondere im Lehramtsstudium ist ein Masterstudium für die spätere Berufsausübung zwingend nötig. Deshalb wollen wir zusammen mit den Hochschulen ein Modell für die kombinierte Zulassung im Lehramtsstudium ermöglichen, damit Bachelor-Absolvent*innen auch einen Masterplatz am gleichen Studienort zugesichert bekommen. Zudem wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen auf die Abschaffung von Mindestnoten und ähnlichen Zugangshürden zum Masterstudium hinarbeiten, damit keine Studienplätze trotz interessierter Bewerber*innen mit weniger guten Noten frei bleiben. Auch wollen wir daran arbeiten, zu eng gefasste fachliche Zugangshürden abzubauen, die studentische Mobilität bzw. einen Hochschulwechsel verhindern.</p>	
	<p>Eine stärkere Akademisierung der Pflege kann dazu beitragen, die Qualität in der Pflege evidenzbasiert weiterzuentwickeln und insbesondere Leitungspositionen kompetent zu besetzen. Sie wird aber die klassische Berufsausbildung nicht völlig ersetzen können. Der Aufbau von neuen Studienangeboten liegt vorrangig in der eigenen Verantwortung der Hochschulen. Dafür bedarf es aber dauerhaft verlässlicher Perspektiven für die grundständige akademische Ausbildung in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen. Dazu zählt auch eine angemessene Finanzierung aus eigens dafür vorgesehenen Mitteln an den Hochschulen und Universitäten.</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>
	<p>Siehe Antwort auf Frage 5.</p>	<p>Antwort der Piraten NRW</p>






**7. Inwieweit planen Sie die Pflegeforschung und den Aufbau von pflegewissenschaftlichen Fakultäten und Pflegeprofessuren durch eine bessere finanzielle Förderung in NRW zu fördern und zu unterstützen?**

	<p>Wir werden die Pflegewissenschaften in Lehre und Forschung finanziell und organisatorisch weiter unterstützen. Zusätzlich zu den Angeboten in der Lehre an den Hochschulen mit Modellstudiengängen soll auch Kompetenz im Bereich der Forschung entstehen.</p>	<p>Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW</p>
	<p>Wir werden die Pflegewissenschaften in Lehre und Forschung finanziell und organisatorisch weiter unterstützen. Wir wollen die bestehende Dynamik aufrechterhalten und fortführen, denn mit den Angeboten in der Lehre an den Hochschulen mit Modellstudiengängen entsteht natürlich auch Kompetenz im Bereich der Forschung. Diese von uns maßgeblich mit angeschobenen und finanzierten Entwicklungen weiterzuführen, ist der logische nächste Schritt im Rahmen der von uns ausdrücklich unterstützten Stärkung der Pflegewissenschaften in NRW.</p>	<p>Antwort der NRW SPD</p>
	<p>Wir werden die Pflegewissenschaften in Lehre und Forschung finanziell und organisatorisch weiter unterstützen. Wir wollen die bestehende Dynamik aufrechterhalten und fortführen, denn mit den Angeboten in der Lehre an den Hochschulen mit Modellstudiengängen entsteht natürlich auch Kompetenz im Bereich der Forschung. Diese von uns maßgeblich mit angeschobenen und finanzierten Entwicklungen weiterzuführen, ist der logische nächste Schritt im Rahmen der von uns ausdrücklich unterstützten Stärkung der Pflegewissenschaften in NRW.</p>	<p>Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW</p>
	<p>Nach einem politischen Kassensturz werden wir die Finanzmittel des Landes an den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen und zum Wohl der Menschen einsetzen. Die Pflegewissenschaften und deren finanzielle Förderung halten wir für einen gesellschaftlich wichtigen Aufgabenbereich. Eine Zusage von Fördermitteln halten wir zum jetzigen Zeitpunkt aber für nicht seriös.</p>	<p>Antwort der CDU NRW</p>



	<p>Die Pflegeforschung ist in den letzten Jahren von uns vorangetrieben und ausgebaut worden. Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 6. Das Gesundheits- und Pflegeministerium (MGEPA) beteiligt sich an der institutionellen Förderung von pflegewissenschaftlichen Einrichtungen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Haushaltsmittel in den letzten Jahren hierzu weiter erhöht worden sind. Wir werden uns auch in den kommenden Jahren für einen weiteren Ausbau einsetzen.</p> <p>Die Pflegewissenschaft in NRW hat in den letzten Jahren bereits zentrale Grundlagen zur pflegerischen Versorgung erarbeitet. Beispiel hierfür sind neun Expertenstandards in der Pflege, die pflegerelevante Themen für die Praxis wissenschaftlich aufbereiten (z. B. Dekubitus-Prophylaxe oder Pflegeüberleitung).</p> <p>Weiterer wichtiger Bereich der Pflegewissenschaft sind zudem die Patient*innen / Betroffenen selbst. Ganz wesentlich für die Praxis und für die Qualität in der Pflege sind dabei die pflegerische Beratung und die Patient*innenedukation, also wichtig für die Gesundheitsförderung in der Pflege.</p> <p>Pflegewissenschaftliche Gutachten sind inzwischen etabliert und ganz wichtig z. B. für MDK Begutachtung. Der Pflegeforschung verdanken wir viele wichtige Erkenntnisse, bspw. Pflegebedürftigkeitsbegriff und neues Begutachtungs-Assessment; aber auch zahlreiche andere Forschungen wie zu den Themen Demenz und Bedeutung des Umgangs für Lebensqualität von Menschen mit Demenz sowie Lebenswelt-Ansätze bei der pflegerischen Versorgung.</p>	<p>Antwort der Grünen NRW</p>
	<p>Wir setzen darauf, dass sich Hochschulen in eigener Verantwortung mit Schwerpunkten in Lehre und Forschung profilieren können. Dies gilt auch für einen Ausbau der Pflegewissenschaften. Dazu brauchen Hochschulen wieder mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheiten z. B. hinsichtlich der Personalhoheit anstelle von Vorgaben der Landesregierung. Zudem benötigen sie eine verlässliche auskömmliche Finanzierung.</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>

 <p><b>PIRATENPARTEI</b> Nordrhein-Westfalen</p>	<p>Die Pflegewissenschaft und wissenschaftliche Pflegeabschlüsse müssen deutlich mehr gefördert werden - wie es im Europäischen Umland längst üblich ist.</p>	<p>Antwort der Piraten NRW</p>
<p><b>8. Welche Maßnahmen planen Sie zur deutlichen Erhöhung der Ausbildungszahlen in der Pflege in NRW und welche Qualitätskriterien zur Sicherstellung einer adäquaten Pflegeausbildung werden sie etablieren?</b></p>		
	<p>Mit der Umlage in der Altenpflegeausbildung ist jetzige Landesregierung frühzeitig einen richtigen Weg gegangen, die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen. Seit der Einführung konnte die Zahl der Plätze verdoppelt werden.</p>	<p>Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW</p>
	<p>Mit der Umlage in der Altenpflegeausbildung ist die SPD-geführte Landesregierung in NRW frühzeitig einen wirksamen Weg gegangen, die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen. Seit der Einführung konnte die Zahl der Plätze verdoppelt werden.</p> <p>Die durch die Bundesregierung geplante Reform der Pflegeberufe durch das Pflegeberufereformgesetz (PfIBRefG) ist von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Pflegeberufe. Für weitere Schritte zur Entwicklung der Pflegefachkraft- und Pflegeassistentenausbildungen braucht es daher Klarheit, wie die Reform der Pflegeberufe nun umgesetzt wird. Diesen Prozess wird die NRWSPD intensiv und mit dem Ziel der Stärkung der Pflege verfolgen.</p>	<p>Antwort der NRW SPD Zusammenfassende Antwort auf Frage 8. und 9.</p>
	<p>Mit der Umlage in der Altenpflegeausbildung ist die SPD-geführte Landesregierung in NRW frühzeitig einen wirksamen Weg gegangen, die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen. Seit der Einführung konnte die Zahl der Plätze verdoppelt werden.</p> <p>Die durch die Bundesregierung geplante Reform der Pflegeberufe durch das Pflegeberufereformgesetz (PfIBRefG) ist von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Pflegeberufe. Für weitere Schritte zur Entwicklung der Pflegefachkraft- und Pflegeassistentenausbildungen braucht es daher Klarheit, wie die Reform der Pflegeberufe nun umgesetzt wird. Diesen Prozess wird die NRWSPD intensiv und mit dem Ziel der Stärkung der Pflege verfolgen.</p>	<p>Geantwortet hat Ibrahim Yetim, Abgeordneter des Landtages NRW Zusammenfassende Antwort auf Frage 8. und 9.</p>

	<p>Die Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung hat in den letzten Jahren zu einer deutlichen Zunahme der Ausbildungszahlen geführt. Wir wollen die Attraktivität des Pflegeberufes steigern, was neben der Einführung einer einheitlichen Ausbildung durch eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden soll.</p>	<p>Antwort der CDU NRW</p>
	<p>Mit der Ausbildungsumlage haben wir in den letzten Jahren die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege bereits ganz erheblich steigern können. Als wir 2010 die Regierungsverantwortung von der CDU-FDP-geführten Vorgängerregierung übernommen hatten gab es 9.300 Ausbildungsplätze in der Altenpflege damalige Tendenz war sogar noch rückläufig, heute haben wir rund 18.500. Die Zahl der Ausbildungsplätze haben wir also verdoppeln und damit bereits deutlich steigern können. Ebenso haben wir die Haushaltsmittel auf über 64 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Mit der von uns eingeführten Altenpflegeumlage werden alle Einrichtungen der Altenpflege an den Kosten der Altenpflegeausbildung herangezogen, ob sie ausbilden oder nicht, das ist auch gerecht. Die Einrichtungen, die ausbilden erhalten ihre Ausgaben hierfür vollständig erstattet. Dies hat auch positiv zur Folge, dass sehr viele Träger bereit sind auszubilden. Ausbildungsträger werben aktiv für den Beruf und bilden z.T. sogar weit über den eigenen Bedarf aus. Gerade ambulante Dienste beteiligen sich aufgrund des Wegfalls des Wettbewerbsnachteils, der vor der Einführung der Umlage gegenüber denjenigen die nicht ausbilden bestand, massiv an der Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern und Altenpflegerinnen. Die verpflichtende Zahlung der Schulkostenpauschale hat ebenfalls auf der Seite der Ausbildungsstätten zu diesem Erfolg beigetragen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern erhalten die Auszubildenden in der Altenpflege in NRW die höchste Ausbildungsvergütung. Seit mehr als 25 Jahren brauchen die Auszubildenden in der Altenpflege in NRW auch kein Schulgeld mehr bezahlen. Leider ist dies in der Hälfte der Länder bis heute noch der Fall.</p> <p>Diese erfolgreiche Entwicklung der letzten werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen. Zudem werden wir uns in einem weiteren Schritt dafür einsetzen, dass auch die Fachseminare eine höhere Pauschale erhalten. Hier bleibt aber abzuwarten, welche Regelungen das neue Bundesgesetz hier vorsehen wird.</p>	<p>Antwort der Grünen NRW</p>

	Außerdem hat die grüne NRW-Pflegeministerin mit eine Änderung der Verfahren bei der Krankenhausplanung hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten vereinfachte Möglichkeiten geschaffen, Ausbildungsplätze in der Krankenpflege aufzubauen. Alle weiteren Maßnahmen müssen nun im Kontext der Pflegeberufereform betrachtet werden.	
	Bessere Arbeitsbedingungen und attraktive Vergütungen sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind entscheidende Schritte, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung in den Pflegeberufen zu gewinnen. Andererseits dürfen die Umsetzung der Reform der Pflegeberufe und die neue Struktur der Finanzierung nicht dazu führen, dass Ausbildungskapazitäten verloren gehen.	Antwort der FDP NRW
	Siehe Antwort auf Frage 5.	Antwort der Piraten NRW
<b>9. Planen Sie eine Etablierung einer zweijährigen Gesundheits- und Pflegeassistenten Ausbildung in NRW?</b>		
	Die durch die Bundesregierung geplante Reform der Pflegeberufe durch das Pflegeberufereformgesetz ist von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Pflegeberufe. Für weitere Schritte zur Entwicklung der Pflegefachkraft- und Pflegeassistentenausbildungen braucht es daher Klarheit, wie die Reform der Pflegeberufe nun umgesetzt wird. Diesen Prozess wird die NRWSPD intensiv begleiten und mit dem Ziel der Stärkung der Pflege verfolgen.	Geantwortet hat Elisabeth Müller-Witt, Abgeordnete des Landtages NRW
	Da die demografische Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte einen hohen Pflegebedarf voraussagt, wollen wir jede Art der pflegenden Unterstützung für die betroffenen Menschen sicherstellen. Hierfür sind auch Gesundheits- und Pflegeassistenten ein wichtiger Bestandteil, um die Qualität der Pflege zu verbessern.	Antwort der CDU NRW
	Derzeit besteht ein hoher Nachfragedruck im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege und der Altenpflege. Bestehende Bedarfe können mangels Arbeitsmarktreourcen nicht gedeckt werden. Anders stellt sich die Arbeitsmarktsituation hingegen für die Assistentenausbildungen dar. Entsprechend der	Antwort der Grünen NRW



	<p>aktuellen Landesberichterstattung ist hier kein Nachfragedruck erkennbar. Daher besteht nach unserer Auffassung derzeit keine Notwendigkeit zur Etablierung einer zweijährigen Gesundheits- und Pflegeassistenten.</p> <p>Die durch die Bundesregierung geplante Reform der Pflegeberufe durch das Pflegeberufereformgesetz (PfIBRefG) ist von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Pflegeberufe. Auch wenn die Bundesregierung nun aktuell ihre Absicht erklärt hat, die Pflegeberufereform weiter voranzutreiben, bleiben die Konsequenzen für die Assistenzberufe noch abzuwarten.</p>	
	<p>Wir wollen den Einstieg in den Pflegeberuf durch eine zweijährige Ausbildung zur Pflegeassistenten erleichtern. Eine zweijährige Assistenzausbildung ermöglicht einen qualifizierten Berufsabschluss in der Pflege auch für diejenigen Schulabsolventen, für die eine vollwertige Fachkraftausbildung nicht in Frage kommt. Im Gegensatz zu den bisherigen einjährigen Helferausbildungen wäre aber ein späterer Wechsel in die Fachkraftausbildung unter Anrechnung von Ausbildungsleistungen einfacher. Mit der Einführung einer zweijährigen Assistenzausbildung könnten auch die Kompetenzen der Beschäftigten gegenüber den bisherigen einjährigen Helferausbildungen erweitert werden.</p>	<p>Antwort der FDP NRW</p>
	<p>Siehe Antwort auf Frage 5.</p>	<p>Antwort der Piraten NRW</p>